

Sonderdruck

aus SPIEGEL Nr. 27/2013

ENERGIE

Aufstand in der Rotorsteppe

In Deutschland sind 60 000 neue Windräder geplant: in Wäldern, auf Gipfeln der Voralpen und sogar in Schutzgebieten. Bürger laufen Sturm gegen die Verschandelung der Landschaft. Kosten explodieren – die Energiewende gerät in Gefahr.

Von Matthias Schulz

Aufstand in der Rotorsteppe

In Deutschland sind 60 000 neue Windräder geplant: in Wäldern, auf Gipfeln der Voralpen und sogar in Schutzgebieten. Bürger laufen Sturm gegen die Verschandelung der Landschaft. Kosten explodieren – die Energiewende gerät in Gefahr.

Der Husarenhof nördlich von Stuttgart, malerisch gelegen zwischen Obstwiesen und Weinbergen, ist ein gemütlicher Weiler. Das Haus von Peter Hitzker steht in einer scharfen Linkskurve. „Morgens liegen manchmal kaputte Autos im Vorgarten“, erzählt er. „aber irgendwas ist ja immer.“

Nur mit dem Windmast hinter seinem Gartenzaun kommt der Mann nicht klar. Der Turm ist 180 Meter hoch. „Flapp, flapp“ machen die Flügel, man hört die Stellmotoren: „grrrrhhhhn“.

„Wenn ich im 15 Kilometer entfernten Heilbronn aus meiner Stammkneipe komm, seh ich das Rädle gleich am Horizont und weiß, wo's langgeht“, erklärt der humorige Schwabe.

Mehr Vorteile fallen ihm allerdings nicht ein – im Gegenteil. Das Ding sei „schrecklich“, sagt er. „Es hat die Gemeinde gespalten. Hier herrscht Krieg.“

Seit über einem Jahr schon dreht sich die Enercon „E-82“ über den Hängen der Neckarschleife. Am Tag der Einweihung schossen die „Schwarzen Jäger“ vom Schützenverein mit ihren Flinten in die Luft. Der Pfarrer sprach salbungsvolle Worte über die Bewahrung der Schöpfung.

Andere dagegen sind sauer, sie ärgern sich über die Verhöhnung jener Landschaft, die schon Hölderlin und Eduard Mörike besangen. Die Gegner haben ein Bild vom Schnitter Tod gemalt, wie man ihn aus mittelalterlichen Chroniken kennt. Statt der Sense hält er einen Rotorast in der Hand.

So wie im Husarenhof gärt es überall. Nach dem Atomunglück von Fukushima und der hastig ausgerufenen Energiewende sind die Bundesländer in eine Art Übereifer geraten. Brandenburg will in Zukunft fast zwei Prozent Landesfläche für Windmühlen bereitstellen. Rheinland-Pfalz möchte seinen Windstrom mehr als verdoppeln, Nordrhein-Westfalen sogar über 300 Prozent drauflegen.

Deutschland dreht durch.

Tiefelader, beladen mit Turmsegmenten, quälen sich über morastige Äcker. Kräne kriechen schmale Forstwege empor, um auf Berggipfeln überdimensionale Luftschrauben zu errichten. Ziel ist, die Wind-

kraft in Deutschland in den nächsten sieben Jahren von 31 000 Megawatt auf 45 000 Megawatt zu steigern. Bis zur Mitte des Jahrhunderts sollen es dann 85 000 Megawatt sein.

Weil die Filetstücke an der Waterkant schon alle weg sind, drängen die Betreiber nun verstärkt ins Binnenland. Moseltal, Allgäu, Voralpenland – auch touristisch wertvolle Gegenden sollen geopfert werden. Selbst im Gebiet des Bodensees und nahe Starnberg, wo Bayernkönig Ludwig II. ertrank, wurden Flächen ausgewiesen.

Noch geht es vor allem um Pläne, Berichte, Anträge. Aktenordner voller Genehmigungspapiere und Windhöflichkeitmessungen quellen aus den Schubladen der Behörden. Rund 60 000 neue Strommühlen sollen her. Sie werden das Antlitz der Republik verändern.

Was geschieht da eigentlich? Schaffen besonnene Politiker gerade das Instrumentarium zur Verhinderung des Weltuntergangs? Oder verschandeln sie nur die Heimat?

Über 700 Bürgerinitiativen sind mittlerweile im Land aktiv. Sie wehren sich gegen „Mastewälder“, „optische Emissionen“ und eine „flächendeckende Verheerung unserer Mittelgebirgskuppen“.

Gegner tragen Särge, die den Naturschutz symbolisieren, zu Grabe. Kaum ein Tag vergeht ohne Unterschriftenaktionen oder dem Einreichen von Petitionen. Anwohner vom Starnberger See haben Verfassungsklage erhoben.

Keine Frage: Da tobt unversöhnlich ein Grundsatzstreit. Naturschützer, Tierfreunde und Baumromantiker, die den Erholungsraum Natur verteidigen, stehen einer fortschrittlich gesinnten Kaste von Ressourcenschonern und Klimarettern gegenüber, die sich um die Zukunft des Planeten sorgt.

Nur: Wie viele Haine müssen weichen, wie viele Horizonte verspargelt werden, um die Energiewende zu schaffen? Und wo fängt der Übereifer an – und das Verplempern von Steuergeldern?

Bei den Grünen greift das Gezerre mittlerweile tief ins Selbstverständnis. Weil der Umweltclub BUND die Windkraft befürwortet, trat sein Gründungsmitglied,

Enoch zu Guttenberg, im vergangenen Jahr mit lautem Gepolter aus dem Verein aus. Er verspürt seitdem das „panische Bedürfnis“, die Menschheit vor den „Riesentotems eines Kults der unbegrenzten Energie“ zu warnen.

Auch Deutschlands „Moorpapst“, Michael Succow, Träger des Alternativen Nobelpreises, droht, von der Fahne zu gehen. Er hat Angst vor seelenlosen Fluren und dem Verlust der Stille.

Die Furcht ist nicht unbegründet. Die Zeiten, als Ökofreaks in den achtziger Jahren klapprige Windräder vom Typ „Aeroman“ in den Vorgärten stellten, sind vorbei. Heute bauen die Hersteller Türme mit Nabenhöhen bis zu 160 Metern. Im Betrieb erschlagen die wirbelnden Maschinen so viele Insekten, dass die klebrige Masse die Rotoren bremst.

Eine Fläche von sieben Fußballfeldern streicht das Modell „E-126“ der Firma Enercon mit seinen Flügeln ab. Rotorkränze moderner Anlagen wiegen bis zu 320 Tonnen. Nahe Ribbeck im Havelland stehen 83 dreiarmlige Banditen: Deutschlands größter Windpark.

Tolerant gestimmte Städter, die derlei Stangenwälder mit ihren SUV durchfahren, wundern sich zuweilen, wie hässlich der Osten geworden ist. Andere gewinnen den Drehschrauben – zumindest im Vorbeieilen – visuelle Reize ab.

Die Nimbys vor Ort jedoch („Nimby“ für: not in my backyard) sind dagegen ungehalten – schon deshalb, weil der Wert ihrer Häuser ins Bodenlose sinkt.

Selbst demografisch ausgedünnte Provinzen besinnen sich deshalb auf Gegenwehr, wie die Bewegung „Rettet Brandenburg“ beweist. Über 3100 Windkraftanlagen gibt es dort. In keinem Bundesland stehen die Rotoren dichter.

Doch erst jetzt, wo die Regierenden weitere 3000 dazupflastern wollen, regt sich Zorn. Eine „Volksinitiative“ hat sich gebildet. Bei einem Aktionstag Ende Mai schimpften die Macher gegen „Windraffkes“ und Mühlenmonster.

Den Hang zur Übergröße werden die Empörer damit kaum stoppen. Um den Schwachwind, der im Binnenland weht, auf lohnende Weise zu ernten,

müssen die Strommüller immer höher in die Atmosphäre vorstoßen.

Raus aus den bodennahen Turbulenzen, empor ins ewige Geblase der Ekman-schicht, die in 100 Metern beginnt – das ist das Ziel. Nur dort oben wogen jene terrawattstarken Urgewalten, mit denen sich der gesamte Energiebedarf der Menschheit hundertfach stillen ließe. Theoretisch.

An Land sei der „technische Trend“ zu größeren Anlagen „ungebrochen“, heißt es in einer soeben erschienenen Untersuchung des Fraunhofer Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES). Theoretisch.

Was da noch alles aufs Stromvolk zukommt, lässt ein Besuch beim IWES-Testzentrum in Bremerhaven ahnen. Dort liegt ein Rotorblatt der nächsten Generation. Es ist biegsam, fast wackelig, 30 Tonnen schwer und hat eine Länge von 83,5 Metern.

Zurzeit durchläuft das monumentale Werkstück ein Prüfverfahren. Hydraulische Stempel und Seile drücken, biegen und knuffen den Flügel millionenfach. So lässt sich die Belastung durch Sturm und Böen simulieren.

Der IWES-Meteorologe Paul Kühn vermutet, dass die Türme noch auf Nabenhöhen von 200 Meter anwachsen. Erst danach greife das „Kubische Massenzustimmungsgesetz“, das jedes weitere Vergrößern ökonomisch unsinnig mache.

Mahnmale des Atomausstiegs, deren Flügelspitzen fast 300 Meter in die Wolken reichen? Das erscheint selbst hippen Ökostromern, die im Asphalttschungel wohnen, gewöhnungsbedürftig.

Wie brutal die Riesenquirl die Luft zerhacken, belegen neue Studien der Vogelschützer. „Goldregenpfeifer meiden die Anlagen“, erklärt der Potsdamer Ornithologe Jörg Lippert. Schwalben und Störche düsen voll rein. Der Mopsfledermaus reißt schon beim Vorbeiflug der Lungensack. Dem Schreiadler und dem Rotmilan sagt Lippert eine „fürchterliche Zukunft“ voraus.

Um die gewaltigen Ziele der Windwende zu erfüllen, muss auch der Bürger Opfer bringen. In England stehen große Strommühlen mindestens 3000 Meter von Wohnhäusern entfernt.

Im engen Deutschland, wo sich Heim an Hütte drängt, packen die Kommunalplaner die Gondeln viel dichter zusammen. Bayern erlaubt eine Distanz von 500 Metern, in Sachsen sind es sogar nur 300 Meter.

In der Pionierzeit, als sich alle noch freuten über die saubere Windkraft, ließen manche Küstenbauern die Masten bis auf 250 Meter an ihre Katen heranzubauen. Für Stampeden im Schweinestall, ausgelöst durch die Rotorgeräusche, erhielten sie satte Entschädigungen.

Doch nun nörgelt auch der Norden. Viele Altanlagen werden dort derzeit ge-

gen neue, leistungsstärkere Turbinen ausgetauscht (Stichwort: „Repowering“). Die sind statt 50 nun mehr als 150 Meter hoch, haben Blinklichter, damit keine Flugzeuge reinsausen, und durchwirbeln lärmend die Luft.

Die Folge: Überall ertönen Klagen wegen des Krachs.

Mit leeren Augen und zitternder Stimme – so treten die Schallopfer an. Es sind die Märtyrer der Bewegung. Auch Klaus Zeltwanger gehört dazu. Der Bauer wohnt nur 370 Meter vom Rotor beim Husarenhof entfernt. „Es patscht und rauscht“, erzählt er, „dann wieder brummt es wie beim Flugzeugstart.“

Derlei Klagen wiesen die Gerichte bislang meist ab. Windräder genießen Sonderrechte. Sie juristisch zu bekämpfen ist schwer.

Immerhin: Bereits im Jahr 2006 erfocht eine Frau vor einem Gericht in Münster einen Sieg. Sie wohnte nur 270 Meter von einem Rotor entfernt und pochte auf das „Gebot der Rücksichtnahme“, wonach keine technische Anlage so nah am Haus stehen darf, dass sie eine „optisch bedrängende Wirkung“ ausübt. Die Fachleute sprechen intern vom „Verzweigungsgefühl“.

Nach langem Streit bekam die Klägerin Recht. Der Riese wurde abgerissen.

Es gibt noch einen weiteren juristischen Hebel. Laut Bundesimmissionsschutzgesetz darf der Lärm in Wohnmischgebieten nachts nicht über 45 Dezibel liegen. Was das in Meterabstand bedeutet, wusste lange niemand.

Nun liegt auch hier ein Urteil vor, das die gesamte Energiewende erschüttern könnte. Gefällt wurde es vom Oberlandesgericht München. Geklagt hatte eine Hausfrau aus Marxheim nahe der Donau, deren blumengeschmücktes Bauernhaus 850 Meter vor einer Enercon „E-82“ entfernt steht. Mit Wucht seien die Schallwellen „über Wald und Senke“ herangerauscht, erzählt sie.

In den Akten ist von „Fauchen“, „Zischen“ und „Pffft-Geräuschen“ die Rede. Ein Akustiker ermittelte eine Stärke von 42,8 Dezibel. Wegen der „Impulshaltigkeit“ des Lärms schlug er noch mal 3 Dezibel drauf.

Ergebnis: Das Windrad darf zwischen 22 und 6 Uhr nur noch gebremst laufen. Damit ist es unrentabel.

Zwar bemüht sich die Firma Enercon zurzeit um eine Revision des Urteils beim Bundesverwaltungsgericht. Doch die Aussichten stehen schlecht. Hunderte Propeller drehen sich in der neudefinierten Verbotszone. Kommt jetzt der große Abriss?

Der Rechtsanwalt Armin Brauns aus Dießen in Bayern rechnet zumindest mit einer „Klagewelle“. In seiner Kanzlei türmen sich die Prozessakten. „Denn auch beim Landschaftsschutz“, so der Fachmann, „verhalten sich manche Kommunen unfair und umgehen die bestehenden Gesetze.“

Der Windbranche kommt das Gerangel äußerst ungelegen. Zwar sollen sich im Land bald Abertausende neue Turbinen drehen. Doch aktuell hapert es an Aufträgen.

Lange mästeten sich die Unternehmen prächtig an der Vergütung, die der Staat ihnen für den Windstrom garantiert. Ein ganzer Industriezweig entwickelte sich so zum Subventionskoloss. Die Folge: aufgeblähte Firmen mit Überkapazitäten.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Zunft nun auch international die Märkte wegbrechen. Die beiden wichtigsten Windstrom-Länder zögern mit dem Weiterbau. Die USA bevorzugen das billigere „Fracking“, das umstrittene Herauspressen von Erdgas aus Schiefergestein. China hat Probleme mit den Netzen, auch dort erlahmt die Lust an den Luftquirlen.

„10 000 Arbeitsplätze“ seien hierzulande in Gefahr, warnte vor kurzem Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Der dänische Hersteller Vestas musste bereits etwa 1400 seiner Stellen streichen.

Entsprechend gereizt ist die Stimmung. Überall fehle die „ordnende Hand“, schimpft der Firmenleiter von Weser-Wind, „es herrscht das totale Chaos“.

Zwar schwört der Grünen-Chef Cem Özdemir, dass der Klimaschutz „auch wirtschaftlich eine große Chance für unser Land“ sei. De facto aber wird alles teurer. An der Strombörse in Leipzig kostet die Kilowattstunde unter 3,5 Cent. Der Verbraucher zahlt mittlerweile etwa 27 Cent. Der Preis ist mit Steuern und Ökoabgaben überfrachtet.

Gründe dafür gibt es viele. So ist die Stromklempterei auf dem Meer viel aufwendiger als gedacht. Die Akrobaten auf hoher See betreten pannenträchtiges Neuland.

Doch anstatt die elegante Offshore-Technologie in Ruhe zu entwickeln, hat sich die Politik durch ihre Atom-Deadline im Jahr 2020 selbst unter Druck gesetzt. Nun neigen alle zu Hektik. Resultat: Kaum steigen auf hoher See die Kosten, stürzen sich die Luftschauber wie im Taumel wieder aufs Binnenland.

Billiger wird es aber auch dort kaum. Riesige Stromautobahnen müssen her, um die Energie der Tüddelmasten von der Waterkant Richtung Süden zu leiten. Das komplette Netz muss dafür umgestaltet werden.

„Wir planen hier nichts weniger als eine technische Revolution“, erklärt ein Sprecher des Umweltministeriums in Hannover. „Bislang führte das dünnste Kabel nach Kleinkleckersdorf. Heute brauchen wir dort das dickste, weil die Windparks in der Ödnis stehen.“

Etwa 2800 Kilometer neue Höchstspannungsleitungen werden benötigt, dazu 7000 Kilometer Verteilungsnetze. Die

Kosten dafür schätzt man auf 10 bis 20 Milliarden Euro.

Ein gewaltiges Vorhaben. Um es auf den Weg zu bringen, beschloss die Bundesregierung bereits im Jahr 2006 das Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz. 2009 folgte das Energieleitungs- ausbaugesetz, vor vier Wochen verabschiedete der Bundestag das Bundesbedarfsplangesetz.

Was für lange Wörter! Die Leitung dagegen ist noch erstaunlich kurz. Erst 268 Kilometer des geplanten Elektronetzes sind fertig.

Schuld an der Verzögerung ist nicht zuletzt jene vieltausendfache Truppe von Elektromog-Hysterikern, die jede neue 110-Kilovolt-Strippe bekämpft, als wäre sie ein Werk des Teufels. Der Windpark kommt stets mit seinem hässlichen Bruder daher, dem Freileitungsmast.

Also Erdkabel? Das zumindest fordern die Empörer. Sie übersehen allerdings dabei, dass im Boden verlegte 380-Kilovolt-Trassen armdicke Kupferstränge brauchen, um nicht heiß zu laufen. Das kostet enorm viel Geld. Insgesamt sind Erdkabel bis zu zehnmal teurer als solche, die in der Luft baumeln.

Off sind die Engpässe bei den Netzen bereits so groß, dass sich die Stromräder vergebens drehen. Bei steifer Brise müssen sie abgeregelt werden, im Jahr 2010 waren das 127 Gigawattstunden. Das entspricht dem Jahresbedarf von 100 000 Deutschen.

Doch bange machen gilt nicht. Kostet die Entsorgung des Atommülls nicht auch Unsummen? Und wer mag jene Mondlandschaften, die die Braunkohlegewinnung in der Flur hinterlässt?

Zwar steigen die Bedenken. Sachsen hat seine Ausbaupläne bereits eingedampft, Thüringen mag keine Windräder im Wald.

Doch insgesamt steht die Phalanx noch ziemlich geschlossen. Es sind kühne Politiker mit Retterblick, die furchtlos und parteiübergreifend an der Utopie einer vorbildlichen Öko-Nation festhalten.

Schleswig-Holsteins grüner Umweltminister Robert Habeck fühlt sich gar als Agent eines „Jahrhundertwerks“. Um seiner Entschlossenheit Ausdruck zu verleihen, nennt er sich „Minister für Energiewende“. Heute, sagt er, werde jene Infrastruktur geschaffen, die dafür Sorge, „dass für unsere Kinder der Rohstoff Strom fast kostenlos ist“.

Wie er das rechnet, ist ziemlich rätselhaft. Aktuell jedenfalls muss der Verbraucher immer mehr löhnen – und andere machen den Reibach: Mit Renditen von sechs bis neun Prozent werden die Mitglieder von Bürgerwindparks gelockt. Gespeist werden die Gewinne vor allem durch Subventionen, die man dem Bürger vorher abgezockt hat.

Auch die Landwirte verdienen nicht schlecht beim Umstieg auf die Windkraft.

Gute Mühlenstandorte bringen in Bayern über 50 000 Euro Pacht im Jahr. Wer wäre da nicht gern bereit, der guten Energie zum Sieg zu verhelfen.

Baron Götz von Berlichingen aus Jagsthausen, ein Nachfahr des goetheschen Ritters in der 18. Generation, ist soeben dabei, mit dem Energiekonzern EnBW auf seinen Latifundien elf Windparks zu entwickeln. Als Acker brächte ihm der Hektar höchstens 700 Euro. Als Stellplatz für Propeller springt ein Vielfaches heraus.

Deswegen werde genehmigt, was das Zeug hält, meinen Windkraftgegner und schimpfen über ideologisierte Klimaapostel, Flurverräter und gierige Stromzocker, die noch das letzte Fleckchen Heimat der Energiewende opfern.

Richtig ist, dass Wildwuchs herrscht. 35 Prozent Ökostrom wollte die Regierung bis zum Jahr 2020 erreichen. Doch die Länder haben im Übereifer schon so viele Flächen ausgewiesen, dass man auf 80 Prozent käme.

Anstatt die Brummer auf Industriebrachen zu verbannen oder sie entlang von Autobahnen aufzustellen, werden sie kleckerweise über anmutige Bergpanoramen oder an Seenplatten verteilt. Das ist wenig durchdacht.

Was die Gegner aber am meisten schockt, ist der großflächige Angriff auf den Wald. Der nordische Tann, der große Zauberort und Gemütsraum der Romantik, die Heimstatt von Esche und Eiche – all das ist durch das Lockern der Vorschriften in Gefahr.

Vom Odenwald bis zu den Birkenhainen Mecklenburgs drängen Monstertrucks ins Gehölz vor. Nordrhein-Westfalens Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) hat angekündigt, dass er gern rund 2000 Rotoren in die Wälder stellen möchte. Auch Hessen will Tausende Hektar abholzen.

Einige Pionierprojekte laufen bereits, zum Beispiel bei Ellern im Hunsrück, wo sich seit kurzem ein Weltrekord-Windrad von 200 Meter Höhe über den Baumkronen dreht.

Sattelschlepper haben riesige Gondeln samt Trafostationen die engen Forstwege emporgezogen. Ein 1000-Tonnen-Kran gelangte über die glitschigen Steigungen auf den Gipfel. In den Kurven musste Gehölz gefällt werden. Oben sorgten Motorsägen für Kahlschlag, um die Fundamente aus Beton in die Erde zu bringen.

Wie sich derlei Taten auf die Fauna und Flora auswirken, weiß niemand. Der Vormarsch im Hunsrück erfolge „ohne Prüfung“, entrüstet sich der Naturschutzbund. Im Übrigen sei die Windstromerei im Wald „grundsätzlich abzulehnen“.

Es ist nicht nur die Ökologie – womöglich entpuppt sich die Abkehr von

der Offshore-Windenergie auch wirtschaftlich als Irrweg: Auf dem Meer kann ein Rotor 4500 Volllaststunden im Jahr schaffen. An der Küste sind es 3000. Im Binnenland gilt ein Standort schon dann als gut, wenn er 1800 Stunden bringt.

Die Anlagen, die man jetzt vom Erzgebirge bis zum Bodensee errichtet, sind noch schlapper. Statistiken zeigen, dass die Rotoren im Süden deutlich weniger Strom erzeugen als prognostiziert. Der größte Windpark Baden-Württembergs, 850 Meter hoch im Nordschwarzwald gelegen, floppt seit Jahren.

Ein „Riesenschwindel“ sei da im Gange, meint der Besigheimer Wirtschaftsprüfer Walter Müller, 65, der früher für die Treuhand die Bilanzwerte ostdeutscher Pleitekombinate ermittelte. Heute sieht sich der 150-Kilo-Mann mit derselben Härte die Geschäftsabschlüsse der Windparkbetreiber an.

Sein Urteil: alles Lug und Trug. Die von den Betreibern beauftragten Windgutachter würden Gegenden mit lauer Brise zuweilen zu „windhöffigen“ Toplagen aufhübschen. Und: „Kleinanleger werden scharenweise mit Gewinnversprechen in geschlossene Windparkfonds gelockt, die nicht genug Energie erzeugen“, meint er. „Am Ende ist das eingezahlte Kapital aufgezehrt.“

Keine Frage: Die großen Räder, die gedreht werden, um das Klima zu schützen, laufen nicht rund. Das größte Infrastrukturprojekt der Republik steckt im Schlamm. Alle wollen weg vom Atom. Nur, um welchen Preis?

Selbst Baden-Württembergs grüner Landesvater Winfried Kretschmann gibt sich zerknirscht. Aber er bleibt entschlossen: „Es führt kein Weg daran vorbei, die Landschaft auf diese Weise zu verschandeln.“

Ob er richtigliegt? MATTHIAS SCHULZ

Kreisende Schutzengel

Die Gegner der Windenergie entdecken den Artenschutz.

Es hat viel geregnet auf der Schwäbischen Alb, der Boden ist weich, überall stehen Pfützen. Doch Edi Biener sorgt sich jetzt nicht um nasse Füße. Er ist am Waldrand auf eine interessante Spur gestoßen. Weiße Flecken auf grünem Waldmeister – eindeutig Vogelmist.

Der Rentner aus dem Dorf Kettenacker begutachtet das verschmutzte Pflänzchen. Dann zeigt er auf die Krone einer alten Buche. „Da oben ist jetzt Leben“, sagt er. Zu sehen ist nicht viel. In einer Astgabel, 25 Meter über dem Boden, schaukelt ein Knäuel im Wind, ein Greifvogelhorst. Seit Biener und seine Mitstreiter von der „Bürgerinitiative Für Mensch und Natur“ vor ein paar Wochen das Vogelnest entdeckt haben, patrouillieren sie unter dem Baum, um herauszufinden, wem der Horst gehört.

Der Hauptgewinn für Biener und die anderen Windkraftgegner wäre *Milvus milvus*, der Rotmilan. Er ist zwar auf der Schwäbischen Alb keine Seltenheit, trotzdem ist er streng geschützt. Wo er brütet, dürfen im Umkreis von tausend Metern keine Windräder gebaut werden.

„Der Rotmilan ist unser Schutzengel“, sagt Biener.

Tierkunde ist derzeit nicht nur auf der Schwäbischen Alb angesagt. Denn seltene Spezies können zu wirksamen Waffen werden, wenn unliebsame Pläne gestoppt werden sollen. Schon manches Getier erlangte auf diese Weise plötzlich Berühmtheit. Der Juchtenkäfer hätte beinahe den Bau des Bahn-Projekts Stuttgart 21 verhindert. Und die Kleine Hufeisennase bewirkte einen zwischenzeitlichen Baustopp der Waldschlösschenbrücke in Dresden.

Da kann es nicht verwundern, dass die Windkraftgegner nach allerlei Tierarten suchen, die ihnen in ihrem Kampf nutzen könnten.

Tatsächlich stellen die Rotoren gerade für Greifvögel eine Gefahr dar. Die schärfsten Augen und die größte Wendigkeit schützen nicht davor, von den Flügeln der Anlagen erfasst zu werden. Wissenschaftler erforschen die Ursachen, während Vogelschützer die Kollisionsleichen zählen – und auf wachsendes Interesse stoßen.

Naturschutzverbände berichten über ungeahnten Zulauf neuer Mitglieder, Kurse zur Vogelbeobachtung oder über bedrohte Fledermäuse sind gefragt wie nie zuvor. Beliebt sind auch Waldfeste, gern

mit Diavortrag oder Filmvorführungen über Rotmilan, Schwarzstorch und Auerhuhn. Die Tierschützer werden nicht mehr als „Fröschlezhler“ belächelt. „Wir haben in unseren Fluren und Waldrändern einen Milan-Tourismus“, spottet Karlheinz Fahlbusch, Sprecher des Landratsamts Sigmaringen.

Mancher Dorfbewohner hat sich autodidaktisch zum Ornithologen weitergebildet. Margret Bures lebt 45 Kilometer südlich von Kettenacker in einem Weiler bei Ostrach. Die „schöne Natur“ habe sie schon immer interessiert, sagt sie. Sie hatte nichts gegen Windenergie – bis die Gemeinde im vergangenen Jahr begann, zwei Dutzend Standorte für „Monsterräder“ im Wald vor ihrem Haus zu prüfen.

Seither hat sie nicht nur ihre Meinung geändert. Sie hat auch ein 800 Seiten dickes Buch studiert, um zu lernen, wie man Brutvögel erfasst. Immer wenn sie nun am Himmel einen der Rotmilane sieht, notiert sie die Flugbewegungen. Auch bei der Horstsuche war Bures schon erfolgreich. „Sieben Stück, mindestens“, habe sie gefunden.

Das Resultat der Bemühungen: 60 bis 70 E-Mails mit ihren Beobachtungen, die sie an Naturschutzbehörden geschickt hat.

Selbst Umweltfreunde sehen die Aktivitäten der neuen Tierschützer nicht nur positiv. Artenschutz und Windkraftausbau seien „beide wichtig und durchaus vereinbar“, sagt der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller. Der Grünen-Politiker macht zugleich klar: „Mit mir kann man nicht den ganzen Schwarzwald zum Auerhuhn-Erwartungsland machen.“

Bei den Investoren haben die Gegner einen bleibenden Eindruck hinterlassen. „Wir haben ein großes Windenergiepotential in Süddeutschland, aber rund zwei Drittel der Projekte scheitern“, sagt Immo Müller, ein erfahrener Planer aus dem norddeutschen Wangerland.

Angeblich kämpfen auch Investoren mit allen Mitteln. Windkraftgegner werfen einigen von ihnen vor, vor illegalen Maßnahmen nicht zurückzuschrecken. Auf der Schwäbischen Alb sollen nächstens Waldarbeiter durch den Forst gelaufen sein, um brütende Greifvögel aufzusuchen und zu vertreiben. Beweise gibt es nicht.

In der Vulkaneifel verdächtigen Windenergiegegner und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gar die staatliche Forstverwaltung, durch

unsachgemäße Arbeiten in der Nähe von Brutplätzen geschützte Vögel absichtlich gestört zu haben. Die Behörde räumte ein, einen Schwarzstorch-Horst freigeschnitten zu haben; es handle sich um ein Versehen.

Der BUND-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz Harry Neumann stellte Strafanzeige, weil in Hausbay und Haselbach in diesem Frühjahr zwei Horste fehlten, in denen noch im vergangenen Jahr Rotmilane gesichtet worden waren. „Solche Horste verschwinden nicht über Nacht“, sagt Neumann, „außerdem haben wir Kletterspuren an den Stämmen entdeckt.“

Im Landkreis Aurich stießen Kartierer für einen geplanten Windpark im vergangenen Jahr auf Schlagfallen, mit denen offenbar der geschützten Wiesenweihe der Garaus gemacht werden sollte. Windanlagenbetreiber bestreiten, davon gewusst zu haben. Der Landkreis ließ die Fläche vorsorglich mit Drohnen absuchen, um weitere Schlagfallen zu finden.

Auch das Dorf Kettenacker erschütterte unlängst ein Kriminalfall. Zwei Rotmilan-Horste sollen verschwunden sein, kaum dass die Bürgerinitiative sie entdeckt, fotografiert und den Behörden gemeldet hatte.

Über Monate ermittelte die Polizeidirektion Sigmaringen. Kriminaltechniker inspizierten die Baumstämme auf Spuren von Steigeisen. Auch die Bürgerinitiative geriet unter Verdacht, die örtliche Polizei schaltete das Bundeskriminalamt ein. In Wiesbaden untersuchten die Beamten, ob die Fotos von dem Horst nur Montagen seien. Dafür fand sich ebenfalls kein Beleg.

Die Windkraftgegner von Kettenacker haben inzwischen eine weitere geschützte Spezies gefunden, um die sie sich nun liebevoll kümmern: Fledermäuse. In den vergangenen Wochen sammelten die Mitglieder im Dorf Spenden für spezielle Kästen. „Die ersten zehn hängen schon im Wald“, sagt die Vorsitzende Birgit Steinhart, „bald können wir weitere bestellen.“ Die neuen Quartiere könnten nun Fledermäusen eine Heimat bieten.

Wenn diese nachtaktiven Säugetiere erst einmal sesshaft geworden sind, dürften Windräder nur noch unter strengen Auflagen genehmigt werden – wenn überhaupt.

MICHAEL FRÖHLINGS DORF,
SIMONE KAISER